2019-01-28

Stadt Dessau-Roßlau
Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040

N i e d e r s c h r i f t

über die Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen gemeinsam mit dem Haupt- und Personalausschuss zum Haushalt am 28.11.2018

Sitzungsbeginn:	**16:30 Uhr**
Sitzungsende:	**19:05 Uhr**
Sitzungsort:	**Ratssaal des Rathauses Dessau**
Teilnehmer/-innen:	**siehe Anwesenheitsliste**

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Kuras als Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses und **Herr Stadtrat Weber** als Vorsitzender des Finanzausschusses begrüßen die Mitglieder beider Ausschüsse und Gäste zur gemeinsamen Sitzung.

Gegen die Feststellung der form- und fristgerechten Ladung werden keine Einwendungen vorgebracht.

Im Weiteren wird festgestellt, dass der Haupt- und Personalausschuss mit 7 anwesenden Ausschussmitgliedern und der Finanzausschuss mit 7 anwesenden Ausschussmitgliedern beschlussfähig sind.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Stadtrat Otto beantragt für beide Ausschüsse die Erweiterung der Tagesordnung um die heute ausgereichte Beschlussvorlage FV/015/2018/StR – Wirtschaftsförderung des innerstädtischen Einzelhandels.

Dagegen werden keine Einwendungen vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende des Finanzausschusses** stellt den Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung zur Abstimmung:

Finanzausschuss: 7/0/0

Der Finanzausschuss stimmt der Erweiterung der Tagesordnung zu. Die Fraktionsvorlage wird unter dem TOP 5.3. beraten.

Im Weiteren stellt der **Ausschussvorsitzende des Finanzausschusses** die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Der **Ausschussvorsitzende** informiert die Ausschussmitglieder des Haupt- und Personalausschusses darüber, dass die Tagesordnung der weiterführenden Sitzung des Ausschusses um den TOP 9.6. Neuvergabe der Dienstleistungskonzession für ein exklusives Werberecht auf öffentlichen Flächen ergänzt werde.

Dagegen werden seitens der Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses keine Einwendungen vorgebracht.

Abstimmung Haupt- und Personalausschuss zum Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung um 5.3. durch Herrn Stadtrat Otto:

zugestimmt mit 7/0/0

Im Weiteren stellt der **Ausschussvorsitzende des Haupt- und Personalausschusses** die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
Haupt- und Personalausschuss: 7/0/0
Finanzausschuss: 8/0/0

3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen vorgebracht.

Herr Stadtrat Rumpf und Frau Stadträtin Benckenstein erscheinen. Der Haupt- und Personalausschuss ist somit mit 9 anwesenden Mitgliedern und der Finanzausschuss mit 8 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.

4 Öffentliche Anfragen und Informationen

4.1 Eröffnungsbilanz der Stadt Dessau-Rosslau zum 01.01.2013 Vorlage: IV/056/2018/II-20

Für inhaltliche Ausführungen wird das Wort an **Frau Ziegler, Abteilungsleiterin im Amt für Stadtfinanzen** erteilt. Ihre Ausführungen erfolgen anhand einer Power Point Präsentation. Diese wird der Niederschrift der heutigen Sitzung als Anlage beigefügt.

Auf die Anfrage von **Frau Stadträtin Benckenstein** erläutert **Frau Ziegler**, dass bis zum 4. erstellten Jahresabschluss Änderungen/Anpassungen möglich seien. Insofern konnte der hier genannte Erlass in die Erstellung der Eröffnungsbilanz einbezogen werden.

Herr Stadtrat Pätzold erbittet Erläuterungen bezüglich der Bildung von Rückstellungen aus Altlasten ehemaliger VEB Betriebe. **Frau Ziegler** führt aus, dass die betreffenden städtischen Grundstücke durch das Umweltamt auf Altlasten geprüft wurden. Danach wurden diese über eine Quote ermittelt und entsprechende Rückstellungen gebildet.

Auf die Anfrage von **Herrn Stadtrat Otto** die Bilanzen der DVV mbH und des Städtischen Klinikums betreffend erklärt **Frau Ziegler, dass e**ine Einbeziehung dieser im Rahmen des Gesamtabschlusses bis zum Jahr 2023 vorgesehen bzw. gesetzlich vorgeschrieben sei.

Herr Stadtrat Schönemann erfragt, inwieweit die Eröffnungsbilanz geprüft werden müsse bzw. ob es einer Bestätigung bedarf und ob diese eine Zugangsvoraussetzung für eine Genehmigung des städtischen Haushaltes sei. **Frau Ziegler** verneint dies. Sie erklärt, dass die Eröffnungsbilanz durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft werde, d. h. es erfolgt die Erstellung eines Prüfberichtes. Gemeinsam mit diesem Prüfbericht werde die Eröffnungsbilanz dem Stadtrat zur Beschlussfassung bzw. Bilanzfeststellung vorgelegt. Der Landesrechnungshof werde die Eröffnungsbilanz ebenfalls noch prüfen. Für die Genehmigung des städtischen Haushaltes sei es dem Landesverwaltungsamt ausreichend, dass die Eröffnungsbilanz vorliege.

Auf die Nachfrage von **Herrn Stadtrat Weber** zum Verfahren mit den erforderlichen Jahresabschlüssen erklärt **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**, dass nach und nach die Jahresabschlüsse für die Jahre 2013 bis 2018 vorgelegt werden. **Frau Ziegler** ergänzt, dass sie hoffe, 2 oder 3 Jahresabschlüsse im Jahr fertigstellen zu können, was jedoch auch und vordringlich von der Mitarbeit der zuständigen Ämter abhängig sei.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

4.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Bürgermeisterin Nußbeck informiert über das Urteil des VG Halle die Verfügung der Stadt zur Ladenöffnung an den Adventssonntagen betreffend. Danach wurde die Verfügung der Stadt „gekippt“. Die Begründung fußt im Wesentlichen darauf, dass die Stadt nicht nachweisen könne, dass der Weihnachtsmarkt mehr Besucher habe, als die geöffneten Geschäfte im Rathauscenter. Das Rathauscenter habe bereits darauf reagiert und die Öffnung des Centers am 1. Advent abgesagt.
Frau Stadträtin Benckenstein erfragt, inwieweit sich die Verwaltung zu diesem Thema mit den Händlern und dem Rathauscenter zusammengesetzt habe, um nach entsprechenden Möglichkeiten zu suchen. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erklärt, dass man den Kontakt zu den Händlern suchen werde, um nach Möglichkeiten zu suchen, die hohen Anforderungen erfüllen zu können. **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** ergänzt, dass durch entsprechende Zählungen der Kundenströme der Nachweis erbracht werden müsse, um einer gerichtlichen Entscheidung Stand zu halten.

Auf eine Nachfrage von **Herr Stadtrat Eichelberg**, ob der Nachweis nicht hätte im Vorfeld geführt werden können, erklärt **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**, dass es für den Weihnachtsmarkt aufgrund nicht vorhandener Eingangskontrollen immer nur Schätzungen gebe. Über den Einzelhandel könne man immer noch Kundenzahlen auf der Grundlage der Kassenbelege erfassen. Die Schätzzahlen habe man auch dem Gericht geliefert. Diese haben aber offensichtlich keine ausreichende Beweiskraft für das Gericht.
Die Nachfrage von **Herrn Stadtrat Dr. Melchior**, inwieweit Zahlen aus Verkehrszählungen oder aus der Verkehrsüberwachung („Blitzer“) als Beweis unterstützend wären wird von **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** verneint.

Aus diesen Zahlen Rückschlüsse darauf zu ziehen, dass es sich hier um Besucher des Weihnachtsmarktes handele, halte vor Gericht sicher nicht Stand.
Die Diskussion um dieses Thema wird an dieser Stelle beendet.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck informiert im Weiteren über die Genehmigung der Änderung der Hauptsatzung durch das Landesverwaltungsamt. Somit könne die Veröffentlichung bezüglich der Kommunalwahlen noch im Januar-Amtsblatt erfolgen.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

5 Beschlussfassungen

5.1 Haushaltskonsolidierungskonzept 2019 und Folgejahre einschließlich Änderungen
Vorlage: BV/442/2018/II-20

Es besteht Einigkeit darüber, dass die Tagesordnungspunkt 5.1. und 5.2. gemeinsam beraten werden.

5.2 Haushaltssatzung 2019 einschließlich Änderungen
Vorlage: BV/440/2018/II-20

Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen, fasst das Ergebnis der Haushaltsberatungen zusammen und führt zu den Änderungen inhaltlich aus. Nachfragen zu einzelnen Positionen des Haushaltes werden direkt durch **Frau Wirth** bzw. durch die zuständigen Beigeordneten beantwortet.

Im Weiteren wird **Herrn Bekierz, Amtsleiter Zentrales Gebäudemanagement**, das Wort erteilt. **Herr Bekierz** nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion, 60 TEUR für die Fertigstellung einer Besuchertoilette auf der Burg Roßlau zur Verfügung zu stellen. Diesbezüglich gab es Irritationen zur tatsächlichen Höhe des finanziellen Bedarfes, d. h. der Haushalt wies einen weitaus höheren finanziellen Bedarf (295 EUR) aus. **Herr Bekierz** führt zur Erklärung weiter aus, dass in der Burg Roßlau bereits über 3 Mio. EUR investiert wurden und noch eine ganze Reihe von Leistungen offen sei. U. a. ein Bereich, in dem eine Besuchertoilette entstehen soll. Um diese gehe es aber nicht, sondern um eine Vorabnutzung einer Toilette, die eigentlich als Betreibertoilette gedacht sei. Hierin liege die Erklärung für die genannten Zahlen. Der Antrag der CDU zur Bereitstellung von 60 TEUR betrage den Bedarf, um die Betreibertoilette fertigstellen zu können. Die große öffentliche Toilette koste in etwa 100 TEUR zusätzlich, zzgl. etwa 135 TEUR für technische Anlagen, die allerdings für den jetzigen Betrieb nicht erforderlich seien.

Herr Stadtrat Schönemann nimmt Bezug auf die Installation eines „Klimaschutzmanagers“ in der Verwaltung. Im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit und Beschlusskontrolle erbittet er einen Bericht über dessen Einsatzeffekte. Der **Oberbürgermeister** sagt eine entsprechende Berichterstattung zu.

Im Weiteren erklären die Fraktionen ihre Positionen zum Haushaltsplanentwurf 2019 im Ergebnis der gemeinsamen Beratungen.

Herr Stadtrat Schönemann erfragt abschließend, ob damit zu rechnen sei, dass einer Haushaltsbeschlusslage wiederum eine sofortige Haushaltssperre folge. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erklärt, dass dies davon abhängig sei, wie sich der Haushaltsvollzug in den ersten Monaten darstelle. **Frau Wirth** ergänzt, dass die letzte Haushaltssperre Auflage des Landesverwaltungsamtes war und für diese könne sie hier nicht sprechen. Wie von Herrn Kuras ausgeführt, hänge dies zum einen von einem disziplinierten Haushaltsvollzug und zum anderen auch von aktuellen Entwicklungen ab.

Abschließend werden sowohl das Haushaltskonsolidierungskonzept als auch die Haushaltssatzung 2019 im Vorgriff auf eine Beschlussfassung im Stadtrat als sog. „Probeabstimmung“ zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

1. Haushaltskonsolidierungskonzept

Haupt- und Personalausschuss: 5/0/4
Finanzausschuss: 4/1/3

2. Haushaltssatzung 2019

Haupt- und Personalausschuss: 5/0/4
Finanzausschuss: 4/1/3

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

5.3 Wirtschaftsförderung des innerstädtischen Einzelhandels Vorlage: FV/015/2018/StR

Herr Stadtrat Otto führt zur Beschlussvorlage, die von allen Fraktionen unterstützt werde, inhaltlich aus.

Herr Stadtrat Schönemann erbittet in diesem Zusammenhang um eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen eines solchen Beschlusses.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärt, dass dies direkt nicht darstellbar sei, er aber glaube, dass der Ausfall der finanziellen Mittel weniger bedeutsam sei, als das Zeichen, welches die Stadt an seine Bewohner und Besucher dadurch aussende.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, weist darauf hin, dass durch einen diesbezüglichen Beschluss der Beginn für das Handy-Parken automatisch auf den Januar 2019 verschoben werden müsse. Dagegen wird kein Widerspruch erhoben.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Die Beschlussvorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:
Haupt- und Personalausschuss: 9/0/0
Finanzausschuss: 8/0/0

Es wird Nichtöffentlichkeit hergestellt.

7 Schließung der gemeinsamen Sitzung - Weiterführung des Finanzausschusses im Beratungsraum 270

8 Öffentliche Anfragen und Informationen

8.1 Mobile Geschwindigkeitsüberwachung in der Stadt Dessau-Roßlau ab 2019 Vorlage: IV/057/2018/II-32

Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Der Finanzausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt Nichtöffentlichkeit her.

10 Schließung der Sitzung

Der **Ausschussvorsitzende** schließt die Sitzung des Finanzausschusses um 19:05 Uhr.

Dessau-Roßlau, 27.02.19



Hendrik Weber	Düring
Vorsitzender Ausschuss für Finanzen	Schriftführerin